

KLIMASCHUTZ

Ein verlorenes Jahrzehnt

Der klimafreundliche Umbau der Weltwirtschaft geht zu langsam voran, schlagen Experten erneut Alarm. Nicht einmal der deutsche Plan sei mit den Pariser Zielen vereinbar.

Silke Kersting Berlin

Die nächsten zehn Jahre sind die entscheidenden. In dieser Zeit, mahnten jüngst Forscher des Weltklimarats IPCC, müssten die klimaschädlichen Emissionen wie CO₂ deutlich sinken, ansonsten seien die Pariser Klimaziele nicht zu erreichen. "Die Zeit rennt uns davon", warnte Ottmar Edenhofer, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK).

Die Alarmstimmung hat einen Grund: Das Engagement, die Wirtschaft international auf einen klimafreundlichen Kurs zu bringen, ist bei Weitem nicht ausreichend. Besonders problematisch: die fehlende Dynamik in den G20-Staaten, den stärksten Volkswirtschaften der Welt. Die Gruppe, die Ende November zu ihrem Jahrestreffen in Buenos Aires zusammenkommt, repräsentiert etwa 80 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung. Sie steht gleichzeitig für 80 Prozent der Treibhausgasemissionen. Ihr Kurs beim Klimaschutz ist also von größter Bedeutung.

Wie rückständig diese Staaten sind, demonstriert jetzt der sogenannte "Brown-to-Green-Report" der internationalen Initiative "Climate Transparency", der am heutigen Mittwoch vorgestellt wird. Einmal jährlich seit 2015 legen 14 Forschungseinrichtungen und Nichtregierungsorganisationen einen umfassenden Überblick über Klimaschutz in den G20-Ländern vor.

Steigende Emissionen Bezogen auf den gesamten Energiemix ist die G20, das zeigt der Bericht, deutlich mehr braun als grün. Das heißt, sie bezieht noch immer 82 Prozent ihrer **Energie** aus Kohle, Öl und Gas. Seit 1990 hat sich das nicht grundlegend geändert. Die Emissionen erhöhten sich 2017 um 1,6 Prozent - trotz aller Bekenntnisse zu mehr Klimaschutz nach dem als historisch gefeierten Pariser Klimaabkommen. Und die Internationale **Energieagentur** (IEA) erwartet, dass sie 2018 weiter steigen werden.

Die Klimaziele, warnt "Climate Transparency", reichen nicht aus, um die Erderwärmung auf unter zwei oder gar auf 1,5 Grad zu begrenzen, wie es das Ende 2015 in der französischen Hauptstadt beschlossene Abkommen vorsieht.

Wenn sich alle G20-Länder ähnlich schwache Ziele wie die jetzt unambitioniertesten Länder Russland, Saudi-Arabien und die Türkei gesetzt hätten, würde die Welt auf einen Temperaturanstieg um vier bis fünf Grad zusteuern. Insgesamt ist die G20 derzeit auf dem Weg zu plus 3,2 Grad.

Das wäre eine Dimension, die Klimaforscher mit dem Begriff "gefährlicher Klimawandel" beschreiben. Schon heute zeigt sich etwa in Kalifornien eine neue Dimension extremer Waldbrände - angeheizt durch den menschengemachten Klimawandel, wie die Forscher vom PIK feststellen.

Von allen G20-Staaten hat lediglich Indien Klimaziele beschlossen, die dem angemessenen Beitrag des Landes zur Begrenzung der Erderwärmung auf unter zwei Grad zumindest nahekommen, heißt es in der Studie. Was allerdings nicht heißt, dass die Emissionen bereits sinken. Sie steigen lediglich weniger stark als erwartet. Und ob die Ziele tatsächlich umgesetzt werden, das wird sich erst in Zukunft zeigen.

Auch in Deutschland sind die Defizite groß. Die CO₂ - Emissionen sind höher als 2009. Dass sie 2018 sinken werden, liegt eher am Hitzesommer und nicht an strukturellen Veränderungen. Pro Kopf hat Deutschland mit 10,5 Tonnen einen schlechteren Emissionswert als der G20-Schnitt, der bei acht Tonnen liegt.

"Deutschland tut bislang deutlich zu wenig, um seine Klimaziele zu erreichen", sagt Jan Burck von Germanwatch, einer der Autoren der Studie. "Der Report unterstreicht die großen Schwachpunkte im Verkehr, bei den hohen CO₂ - Emissionen in der Stromproduktion und im Gebäudebereich bei älteren Häusern."

Benötigt werde "eine tatsächliche Verkehrswende hin zu Verkehrsvermeidung, E-Mobilität und deutlich mehr Bus, Bahn und Fahrrad". Ein sozialverträglicher Kohleausstieg bis etwa 2030 sei unumgänglich.

Zu schwach ist Deutschland auch bei den Klimazielen selbst. Die Bundesregierung, so die Kritik, habe zwar mit dem Klimaschutzplan 2050 eine langfristige Vision vorgelegt, aber diese sei nicht mit den Pariser Klimaschutzzielen vereinbar.

Deutsche Verantwortung Doch es gibt Lichtblicke. Dazu gehört, dass neue Gebäude zunehmend klimaneutral gebaut werden. Auch die **Energiewende** im Stromsektor ist auf einem vergleichsweise guten Weg. Insgesamt kamen hierzulande 34 Prozent des Stroms 2017 aus erneuerbaren Quellen, im G20-Schnitt sind es lediglich 24 Prozent.

Gerade die Länder, die am meisten von der Kohle abhängig sind, haben Schwierigkeiten, beim Zurückfahren der Kohleverstromung schnell voranzukommen. Ein ambitionierter und sozialverträglicher Ausstieg in Deutschland, sagte Burck, könne ein wichtiges Signal für andere G20-Staaten setzen.

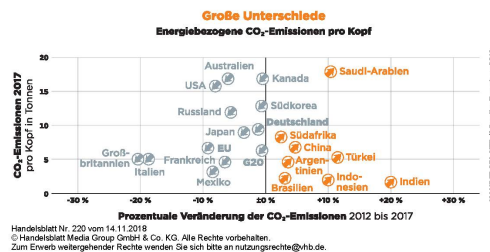
Dass Paris durchaus etwas angestoßen hat, zeigen weitere Entwicklungen. So wolle Südafrika seine starke Kohlenutzung deutlich verringern und investiert in **erneuerbareEnergien**, Südkorea hat ein neues Programm für Elektrofahrzeuge eingeführt, und Mexiko plant ein Emissionshandelssystem.

In kaum einem Land ist alles schlecht: So setzt die Türkei in großem Stil auf **erneuerbareEnergien**, baut im Gegenzug aber weiterhin neue Kohlekraftwerke.

Problematisch sind die noch immer hohen Subventionen - also Steuerzahlergeld - für fossile **Energien**. Diese haben sich zwischen 2007 und 2016 von 75 auf 147 Milliarden US-Dollar sogar annähernd verdoppelt. Dabei hatten die G20-Staaten schon 2009 die Abschaffung ineffizienter Subventionen für fossile Brennstoffe beschlossen, was die G7-Staaten 2015 bei ihrem Gipfel in Elmau bestärkten.

"Klimapolitisch", zieht Klimaforscher Edenhofer eine vernichtende Bilanz, "haben wir gerade ein verlorenes Jahrzehnt hinter uns."

Kersting, Silke



Quelle:	Handelsblatt print: Nr. 220 vom 14.11.2018 Seite 010
Ressort:	Wirtschaft & Politik
Dokumentnummer:	FC75F10D-CF67-4953-9814-0F259F68501E

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_FC75F10D-CF67-4953-9814-0F259F68501E%7CHBPM_FC75F10D-CF67-4953-9814-0

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH